

"Mit unklaren Sprüchen in den europäischen Wahlkampf" in EUSO, Europe Socialiste (26. Oktober 1977)

Legende: Am 26. Oktober 1977 kritisiert EUSO, Europe Socialiste, die Zeitschrift der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Europäischen Parlament, das politische Programm ihrer Gegner anlässlich der allgemeinen Direktwahlen des Europäischen Parlaments.

Quelle: EUSO, Europe Socialiste. Sozialistische Fraktion, Europäisches Parlament. Hrsg. Fellermaier, Ludwig. 26.10.1977, Nr. 5. Bruxelles: Pressedienst-Sozialistische Fraktion.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"mit_unklaren_spruchen_in_den_europaischen_wahlkampf"_in_euso_europe_socialiste_26_okt_ober_1977-de-b3b62341-ffaa-41b3-958a-25991c89c097.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Mit unklaren Sprüchen in den europäischen Wahlkampf

Zum politischen Programm der Europäischen Volkspartei

von Hellmut Sieglerschmidt

Die Zusammenschlüsse gleichgerichteter Parteien in der Europäischen Gemeinschaft stehen zu Beginn des Wahlkampfes für die Direktwahl zum Europäischen Parlament vor einer Bewährungsprobe. Sie müssen beweisen, dass sie zu gemeinsamer Aktion organisatorisch und programmatisch in der Lage sind. Es gilt die Hemmnisse zu überwinden, die sich natürlicherweise im Zusammenwirken unterschiedlich strukturierter nationaler Parteien ergeben. Man kann dies auf zweierlei Weise versuchen, wie die Beispiele des Bundes Sozialdemokratischer Parteien der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Volkspartei beweisen.

Bezeichnend sind hier schon die Namen der beiden Parteien-Zusammenschlüsse: Während der Bund Sozialdemokratischer Parteien mit seinem Namen der Tatsache Rechnung trägt, dass es noch keine europäische sozialdemokratische Partei gibt, ignorieren die christlich-demokratischen Parteien diesen Sachverhalt, obwohl die Unterschiede und Reibungen zwischen ihnen gerade in den letzten Wochen deutlich genug geworden sind. (Auf die Absicht von Franz-Josef Strauss und der CSU, zusammen mit den französischen Gaullisten unter Chirac und den britischen Konservativen eine konservative Gruppierung für den Europa-Wahlkampf zu schaffen, soll hier nur hingewiesen werden.) Eine Europäische Volks„partei“ existiert nicht. Sie ist eine Parteiföderation. Dem entspricht es auch, dass die christlichen Demokraten die Zusammenfassung ihrer Wahlkampfziele anspruchsvoll als Programm bezeichnen, während das vergleichbare sozialdemokratische Dokument sich bescheiden „Wahlplattform“ nennt.

Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn sich das „Politische Programm“ der christlich-demokratischen Parteien durch programmatische Bestimmtheit von der sozialdemokratischen Wahlplattform unterscheiden würde. Vergleicht man die beiden Entwürfe jedoch, so ist ihr Verhältnis zueinander genau umgekehrt. Auch hier wird der europäische Bürger, der sich nicht in die Einzelheiten des Entwurfs vertieft, durch ein falsches Etikett getäuscht. Ohne den Entwurf in allen Einzelheiten zu analysieren, soll nachfolgend an einigen der darin verwendeten Formulierungen die Richtigkeit dieser Feststellung aufgezeigt werden.

Was soll man sich unter der christlich-demokratischen Forderung nach einer „partizipatorischen Demokratie“ vorstellen? Das Wort partizipatorisch geht auf den Begriff „teilnehmen“ zurück. Gibt es eine Demokratie ohne Teilnahme der Bürger? Wohl nicht. Es handelt sich also bei dieser Forderung um einen „weissen Schimmel“. Dem Wähler wird nicht gesagt, was gemeint ist, wenn es überhaupt mehr als Wortgeklingel sein soll.

Dasselbe gilt für die „partnerschaftliche Gesellschaft“, die als der bessere Weg bezeichnet wird. Es wird aber nicht erklärt, was unter einer solchen Gesellschaft zu verstehen ist.

Die Christdemokraten wollen sich auch für das Recht auf Einkommen und Gesundheit einsetzen. Das ist sicher verdienstvoll. Da fehlt eigentlich in diesem Sommer nur noch das Recht auf schönes Wetter. Jede Form des kulturellen Schaffens soll gefördert werden. Jede Form? Da hätten sich manche Verfechter des CD-Programms anders benehmen müssen, wenn es etwa um ihnen politisch missliebige Künstler und Schriftsteller ging. Sollten sie sich so geändert haben?

Auch bei anderen Punkten des Programms stellen sich Fragen nach dem Sinn der Forderungen. So sollen Ballungsgebiete „aufgelöst“ werden. So einfach ist das! Als ob nicht jeder, der sich mit dieser schwierigen Frage ernsthaft befasst hat, wüsste, dass sie mit einer Rosskur nicht zu lösen ist.

Ein weiteres Beispiel für pompös-unklare Vorschläge ist die geforderte Errichtung eines Rates zur Verteidigung der Menschenrechte. Es gibt bekanntlich im Rahmen der Vereinten Nationen eine Menschenrechtskommission und einen Ausschuss für Menschenrechte. Im Bereich des Europarates dienen die Europäische Kommission für Menschenrechte und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dem Schutz der Rechte und Grundfreiheiten. Eine neue Institution dieser Art kann diesen Schutz wohl kaum

verstärken, wird ihn aber mit Sicherheit komplizieren.

Das CD-Programm enthält eine Reihe konkreter und durchaus begrüßenswerter Forderungen. Dies gilt besonders für die Forderung, dass der Staat die grossen wirtschaftlichen und sozialen Leitlinien in einer Rahmenplanung angeben muss und dass das Parlament darüber zu beschliessen hat. Aber wer sich an die Stellungnahmen führender Mitglieder der CD-Fraktion im Europäischen Parlament zu diesem Thema erinnert, kann da nur staunen. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass beispielsweise CDU und CSU schon das Wort „Planung“ fürchten wie der Teufel das Weihwasser, wird die Frage erlaubt sein, wann die Opposition im Bundestag wohl einen Vorschlag für eine solche Rahmenplanung einbringt. Oder ist damit zu rechnen, dass konservative Christdemokraten noch für die Entfernung dieses „sozialistischen“ Pferdefusses aus dem Programm sorgen werden?

Sonst werden manche Mitgliedsparteien der EVP bei der nächsten nationalen Wahl gegen ihre eigenen Europasprüche Wahlkampf führen müssen.